Antrag 06/I/2024 Forum Netzpolitik Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:

X-it now: Raus aus Twitter

■ Wir fordern

- die Stilllegung aller offiziellen SPD-Accounts auf X (ehemals Twitter). Die Accounts sollen nicht gelöscht werden, um einer anderweitigen Verwendung der Accounts vorzubeugen, sondern nach einer entsprechenden Ankündigung und einer aussagekräftigen Änderung des Profilbilds nicht mehr bespielt werden. Es kann regelmäßig überprüft werden, ob sich die Plattform im Sinne eines freiheitlichdemokratischen Diskurses und eines im Wesentlichen sicheren digitalen Raumes entwickelt, was eine Reaktivierung der Accounts ermöglicht.
- die Prüfung der erhöhten Interaktion auf Social-Media-Plattformen, die nicht-profitorientiert arbeiten

Begründung

Nach der Übernahme von Twitter durch Elon Musk und die Umbenennung in X hat sich die Plattform grundlegend geändert. Neben der Verschwörungsideologischen Einstellung seines neuen Besitzers ist die Plattform unter Musk ständigen Sparzwängen unterworfen. So wurde die Hälfte des Moderationsteams von Twitter noch vor der Umbenennung eingespart. Unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit lässt Musk Hass und Hetze sowie strafrechtlich relevantes Material wie Holocaustleugnung und Menschenfeindlichkeit auf seiner Plattform freien Lauf.

Mit der Übernahme von Twitter im Oktober 2022 beabsichtigte Musk, sich als Kämpfer für die Meinungsfreiheit und gegen einen vermeintlichen "Woke-Virus" zu inszenieren. Während journalistische Medien, die kritisch über ihn und sein Unternehmen berichten, zeitweise gesperrt oder mit dem Label "von der Regierung finanziertes Medium" versehen wurden (z.B. BBC), ließ Musk rechte Trollaccounts und Accounts von Verschwörungsideologen wieder entsperren.

Im Juli 2023 setzte Musk um, dass handverlesene Accounts an den Werbeeinnahmen beteiligt werden. Davon profitierten vor allem prominente Rechtsextreme, wie beispielsweise der Rassist und Frauenfeind Andrew Tate.

Nachdem das Verbot politischer Anzeigen auf X aufgeho ben wurde, war dort ein massiver Anstieg staatlicher Des information aus Russland, China und dem Iran zu beob-

Empfehlung der Antragskommission Annahme (Konsens)

- achten. Auf Verlangen der türkischen Regierung hat X kurz 48
- vor den türkischen Präsidentschaftswahlen nachweislich 49
- Konten und Beiträge der türkischen Opposition gesperrt. 50
- Nach den Terrorangriffen der Hamas auf Israel stieg die 51
- Anzahl antisemitische Beiträge und sowie Falschmeldun-52
- gen über Israel. Der EU-Kommissar Thierry Breton hat 53
- Musk daraufhin in einem offenen Brief an seine Verpflich-54
- 55 tung erinnert, Falschmeldungen und illegale Inhalte zu
- bekämpfen. Stattdessen empfohl Musk über seinen eige-56
- 57 nen Account Beiträge und Accounts, die Falschmeldung
- und Desinformation über den Krieg verbreiteten. 58
- Ende September mischte sich Elon Musk in die Landtags-59
- wahlkämpfe in Bayern und Hessen ein, indem er einen Bei-60
- 61 trag teilte, in welchem eine NGO zur Seenotrettung verun-
- glimpft wurde und die Hoffnung geäußert wurde, die AfD 62
- würde die nächsten Wahlen gewinnen. 63
- Während Elon Musk selbst rassistische und antisemiti-64
- 65 sche Beiträge verfasst und die Verschwörungslüge des
- globalen Bevölkerungsaustauschs teilt, nutzt er die Platt-66
- 67 form auch dafür, für die queerfeindlichen Positionen des
- US-Republikaners Ron DeSantis zu werben. 68

69 70

So schafft Musk mit X den Nährboden für politische Desin-

- 71 formation und Diskriminierung. Von diskriminierung Be-
- troffene Personen fühlen sich auf X immer weniger ge-72
- 73 schützt und verlassen die Plattform, was zu einer vermin-
- derten Sichtbarkeit von Minderheiten in der öffentlichen 74
- 75 Wahrnehmung führt.

76 77

Trotz all dieser Entwicklungen besteht die Plattform weiterhin, eben weil sich dort bereits eine kritische Masse ver-

- 78 sammelt hat. Viele Accounts sind auf die Reichweite von X
- 79
- 80 angewiesen, und so lohnt es sich auch für kleine Accounts
- kaum, die Plattform zu verlassen. 81

82

83 Es ist nicht akzeptabel, dass die SPD mit ihren offiziellen

- Kanälen weiterhin ein Teil der diskriminierenden Entwick-84
- 85 lungen auf X bleibt, und so durch ihre Reichweite die Wer-
- beeinnahmen der Plattform weiter erhöht. Eine Stillegung
- 86 der Accounts ist daher die logische Konsequenz. 87
- 88

91

89 Die SPD-Parteivorsitzende Saskia Esken, der SPD-

- Generalsekretär Kevin Kühnert und auch die SPD-90
 - Bundestagsfraktion haben ihre X-Accounts bereits
- aufgegeben und bespielen andere Plattformen. Sie 92
- schließen sich damit einer Reihe von Politiker*innen wie 93
- der Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo, Presseorga-94
- nisation wie DLF sowie Unternehmen wie Coca Cola, 95
- IBM und Universal an. Das Recherchezentrum Correctiv 96
- begründet ihren Ausstieg aus X im November 2023 mit 97
- den Worten "Einst war Twitter informativ, gar lustig, 98
- später in Protestbewegungen sogar lebenswichtig, um
- 100 Botschaften an die Öffentlichkeit zu senden. Inzwischen

breiten sich Hass und Desinformation unkontrolliert aus,
auch weil Elon Musk dies bewusst zulässt und sogar
befeuert. Ein konstruktiver Diskurs ist auf der Plattform
nicht mehr möglich."

105

Angesichts der Probleme, die eine derartig bedeutende 106 107 öffentliche Plattform in privater Hand aufgezeigt hat, ist 108 neben der Stilllegung der Accounts weiterhin zu prüfen, ob eine Umfokussierung auf die nächste private Plattform 109 tatsächlich eine langfristige Lösung sein kann, oder ob ei-110 ne von politischen und kommerziellen Interessen unab-111 112 hängige Plattform bevorzugt werden sollte. Der Aufbau 113 einer EU-weiten Plattform in öffentlicher Hand, vergleichbar mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sollte das 115 langfristige Ziel bleiben.